

Der Chef der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Herrn
Dr. Ralf Stegner, MdL
SPD-Fraktion
Landeshaus
Postfach 7121
24171 Kiel

1. Juli 2020

Ihr Abgeordnetenbrief vom 23. Juni 2020 zu den Umständen des Rücktritts des ehemaligen Innenministers Hans-Joachim Grote

Sehr geehrter Herr Dr. Stegner,

erlauben Sie mir bitte eingangs einige formale Ausführungen zur Einordnung Ihres Schreibens zum Betreff, das Sie selbst als „Abgeordnetenbrief“ bezeichnen. Hierzu konstatiere ich zunächst, dass ich die von Ihnen gewählte Form eines an den Ministerpräsidenten direkt gerichteten Abgeordnetenbriefs im Stil ungewöhnlich und insgesamt bemerkenswert finde. Ein Abgeordnetenbrief ist für Fragen eines bzw. einer einzelnen Abgeordneten vorgesehen. Da Sie sich ausdrücklich in Ihrer Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender an den Ministerpräsidenten wenden und die gestellten Fragen als solche Ihrer Fraktion bezeichnen, komme ich zu dem Schluss, dass Ihr Schreiben in der Sache einer parlamentarischen Anfrage an die Landesregierung im Sinne von Artikel 29 Absatz 1 der Landesverfassung entspricht, für die dann jedoch das durch die Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages vorgeschriebene Verfahren nicht eingehalten wurde. Ungeachtet dessen und um die Beantwortung der Fragen zu beschleunigen, übersende ich Ihnen die in der Anlage zu diesem Schreiben beigefügten Antworten des Ministerpräsidenten, der Innenministerin, des Justizministers und des Digitalisierungsministers hiermit gleichwohl persönlich.

Mit Blick auf die Berichterstattung in der vergangenen Woche dazu, dass dem Ministerpräsidenten ein Fragenkatalog zugeleitet wurde, werde ich im Nachgang zu diesem Schreiben

die Presse darüber informieren, dass Ihnen heute die Antworten der Landesregierung übersandt worden sind. Für den Fall, dass Sie die Antworten gegenüber Dritten verwenden möchten, bitte ich darum, die Antworten wörtlich zu zitieren.

Zugleich möchte ich die Gelegenheit nutzen, um einigen durch Sie verbreiteten, unrichtigen Darstellungen entgegen zu treten. Beispielhaft möchte ich vier Passagen aus einer mir zur Verfügung gestellten schriftlichen Erklärung aufgreifen, die Sie am Rande Ihres Pressetermins am 22. Juni 2020 verteilt haben:

„Diese Aussage von Herrn Grote zitierte der Ministerpräsident auch im Ausschuss vom 29. April in einem Auszug wörtlich, allerdings ausweislich des Protokolls der Sitzung des Innen- und Rechtsausschuss[es] vom 29. April 2020 (S. 6) an einer entscheidenden Stelle falsch. Denn indem er statt des von Grote bei einer Formulierung gewählten Konjunktives den Indikativ verwendet, wir[d] ein Satz aus dieser Erklärung so verändert, dass der Vorwurf an Herrn Grote, hier unrichtige Angaben gemacht zu haben, schlüssig erscheint.“

Dazu stelle ich fest: Die Niederschrift der 81. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses vom 29. April 2020, bei der es sich, wie Sie wissen, nicht um ein sog. Wortprotokoll handelt, gibt das Zitat des Ministerpräsidenten an der von Ihnen monierten Stelle unzutreffend wieder. Der Ministerpräsident hat den Wortlaut der Passage aus der persönlichen Erklärung von Herrn Grote im Ausschuss so wiedergegeben, wie sie sich wörtlich in der Erklärung befindet („Es gäbe keinerlei Korrespondenz“). Eine entsprechende Korrektur der Niederschrift der 81. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses ist zwischenzeitlich erfolgt.

In der von Ihnen an Pressevertreterinnen und -vertreter verteilten Erklärung heißt es weiter:

„Während der scheidende Innenminister nach Aktenlage weder den ursprünglichen Entwurf für seine Rücktrittserklärung kannte noch nach eigener Aussage die Inhalte der Bestra-Vermerke, hat der Regierungssprecher Peter Höver die spätere finale Presseerklärung zum Rücktritt und das Statement des Ministerpräsidenten laut der vorgelegten Akten aus dem Justizministerium mit der Kieler Oberstaatsanwältin Heß abgestimmt, bevor sie veröffentlicht wurde. Die Mail enthält lapidar die Worte „wie abgesprochen“.“

Diese Darstellung entspricht gleich in mehrfacher Hinsicht nachweislich nicht den Tatsachen: In den vorgelegten Akten sowohl der Staatskanzlei als auch des Justizministeriums befindet sich eine Mail von Herrn Regierungssprecher Höver an Frau LOStA'in Heß vom 28. April 2020, 13:53 Uhr. Wie Sie infolge der Einsichtnahme in die Akten wissen, steht im

Textfeld dieser Mail: „Wie besprochen“ (nicht wie von Ihnen als vermeintlich wörtliches Zitat gekennzeichnet: „wie abgesprochen“). Die Betreffzeile der Mail lautet: „Erklärung MP“. Wie Sie infolge der Einsichtnahme in die Akten ebenso wissen, enthält die Mail nur eine einzige Anlage, und zwar ein docx-Dokument mit dem Dateinamen „Erklärung MP“, deren Inhalt Ihnen qua Akteneinsicht ebenfalls bekannt ist. Deshalb wissen Sie auch, dass mit der Mail nichts außer dem Entwurf der persönlichen Erklärung des Ministerpräsidenten an die Leitende Oberstaatsanwältin in Kiel übersandt worden ist. Gleichwohl behaupten Sie einige Absätze weiter erneut:

„Sogar die Rücktrittserklärung Grotes und das Statement des Ministerpräsidenten wurden mit LOSTA Hess rückgekoppelt.“

Ausgehend von diesen nachweislich unrichtigen Darstellungen, die bedauerlicher Weise in der Presseberichterstattung verschiedentlich zitiert werden, kommen Sie zu der Behauptung, es sei „eine Kabinettsumbildung“ mit der örtlichen Staatsanwaltschaft „abgestimmt“ worden. Ich stimme Ihnen absolut zu, dass ein solcher Vorgang „politisch hochgradig ungewöhnlich“ wäre, wie Sie resümieren. Dies liegt freilich daran, dass ein solcher Vorgang, wie Sie ihn beschreiben, in der Realität tatsächlich nie stattgefunden hat.

Zum Inhalt des am 21. April 2020 verfassten Bestra-Berichts der Leitenden Oberstaatsanwältin in Kiel schreiben Sie in der an die Presse verteilten Erklärung:

„Die Beschriftung des Bildes zeigt, dass der Bestra-Bericht sich an dieser Stelle eindeutig fälschlicherweise auf Kommunikation zwischen Nommensen und Modrow und nicht zwischen Modrow und Grote bezieht. [...] Zusätzlich muss geklärt werden, wie und warum das Foto mit dem unflätigen Kommentar („Arschloch“) in den Bestra-Bericht gelangen konnte. Wer hat hier unabsichtlich oder absichtlich die Unwahrheit berichtet?“

Ich möchte Ihre Frage am Ende dieser Passage gern aufgreifen und sogleich beantworten: Der Bestra-Bericht gibt einen Chatverlauf zwischen dem Journalisten der Kieler Nachrichten und dem Beschuldigten wieder und weist darauf hin, dass Bestandteil dieses Chats ein Screenshot eines Chatausschnitts zwischen dem KN-Journalisten und Herrn Grote ist. Dass dieser Screenshot authentisch ist, davon hat sich der Ministerpräsident in dem Gespräch mit Herrn Grote am 28. April 2020 anhand dessen Geräts persönlich überzeugen können. Einen Zusammenhang zwischen dem, wie Sie es nennen, „unflätigen“ Kommentar zu dem Bild mit einer Chatkommunikation des früheren Innenministers stellt der Bestra-Bericht mitnichten her.

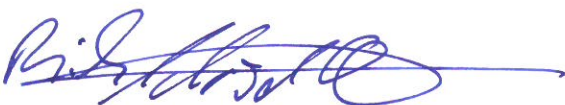
Sehr geehrter Herr Dr. Stegner,

der Ministerpräsident hat dem Parlament und der Öffentlichkeit gegenüber die Umstände des Rücktritts des ehemaligen Innenministers Hans-Joachim Grote von Beginn an mit größter möglicher Offenheit und Transparenz dargestellt. Bereits am Tag nach dem Rücktritt stand der Ministerpräsident den Mitgliedern des Innen- und Rechtsausschusses in öffentlicher wie in nichtöffentlicher Sitzung Rede und Antwort zu dem Vorgang. Er hat von sich aus die unverzügliche Vorlage der beiden Bestra-Berichte gegenüber dem Parlament angeboten und veranlasst. Auch die frühere Justizministerin und jetzige Innenministerin, Dr. Sabine Sütterlin-Waack, sowie Ihr Amtsnachfolger, Justizminister Claus Christian Claussen, haben sich im Innen- und Rechtsausschuss zu den Umständen der Kabinetts-umbildung öffentlich geäußert.

Sie hingegen haben es vorgezogen, Ihre in zentralen Punkten nachweislich unrichtigen Anwürfe gegen den Ministerpräsidenten in einem der allgemeinen Öffentlichkeit nicht zugänglichen Pressegespräch zu verbreiten. Es stellt sich die Frage, ob durch das Umfirmieren einer parlamentarischen Anfrage in einen Abgeordnetenbrief der Inhalt der Antworten der Gesamtheit der Abgeordneten und der Öffentlichkeit vorenthalten werden sollen. Für die Öffentlichkeit wäre es damit zum wiederholten Male nicht möglich, die tatsächliche Faktenlage, wie diese sich aus den vorgelegten Akten sowie den Bestra-Berichten ergibt, mit Ihrer Darstellung abgleichen zu können. Ich halte dies für einen untragbaren Zustand und einen ausgesprochen schlechten Stil.

Der Landesregierung ist an einem Höchstmaß an Transparenz gelegen, kann diese jedoch auf Grund des von Ihnen gewählten Weges der Fragestellung nicht selbst gegenüber der Öffentlichkeit herstellen. Ich bin der festen Überzeugung, dass auch Ihnen an einem Höchstmaß an Transparenz gelegen ist. Ich gehe deshalb davon aus, dass Sie Parlament und Öffentlichkeit umfassend informieren und den Inhalt der Beantwortung der von Ihnen gestellten Fragen dem Parlament und der Öffentlichkeit schnellstmöglich und vollständig zugänglich machen.

Mit freundlichen Grüßen



Dirk Schrödter